

Die Barmherzigen von Sidiro

Nahe der türkisch-griechischen Grenze liegt das Dorf Sidiro. Seine Bewohner, selbst Angehörige einer Minderheit, begraben die Armen, die am »Tor zur EU« ihr Leben verloren haben. **Seite 3**



Rolf Hochhuth 80

Provokateur zu sein, hält Rolf Hochhuth für seinen Auftrag als Intellektueller: Der Meinungsmainstream ist seine Sache nicht. Der Dramatiker, Essayist, Lyriker, Weltautor wird heute 80. **Seite 15**



Fragliche Benachteiligung

Der Vorwurf, dass Jungen in der Schule diskriminiert werden, hat seit den 1990ern Konjunktur. Eine neue Studie der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft geht der Sache nach. **Seite 16**

Standpunkt

Eingeklemmt

Von Gabriele Oertel

Da ist die Kanzlerin mal wieder, wo sie meistens landet – zwischen allen Stühlen. Da die gegen einen Atomausstieg Druck machenden Industrieverbände und die Klagedrohungen der Energieriesen, hier die Mehrheit der Bevölkerung, die Opposition, 300 Forscher, überzeugte oder gewendete Atomgegner in der Union, der plötzlich geläuterte Koalitionspartner und die jäh erlangte eigene Einsicht. Eigentlich eine deutliche, weil mehrheitliche Entscheidungshilfe für Angela Merkel. Wären da nicht frühere Laufzeitverlängerungsversprechen an die Wirtschaft, andauernde Irritationen in den eigenen Reihen über den programmatischen wie praktischen Wechselkurs von Schwarz-Gelb – und die nicht zu unterschätzende immerwährende handfeste Abhängigkeit Regierender vom Kapital.

Ein bisschen Abschalten – das musste Merkel am Wochenende in Baden-Württemberg erfahren – geht so wenig wie ein bisschen Frieden. Die Kanzlerin wird sich entscheiden müssen, was ihre nächste alternativlose Weichenstellung ist – und mit welcher Halbwertszeit sie die diesmal zu versehen gedenkt: bis zu den nächsten Landtagswahlen oder bis zur Bundestagswahl 2013. Aber vermutlich ist ihr bis dahin sowieso die FDP unter der Hand weggestorben und SPD und Grüne machen im Bund vielleicht das, was sie gerade in Stuttgart und Mainz machen. Dann wird man kaum noch herausfinden wollen, ob Merkel Opfer des Liebeszugs der Wähler oder der eigenen Parteigänger wurde.

Unten links

Manche Irrtümer halten sich hartnäckig. Auf ihrer Startseite im Internet präsentieren die baden-württembergischen LINKEN unter »Aktuelles aus dem Landesverband« weiterhin eine Pressemitteilung ihres Landespartei-Chefs Bernd Riexinger vom 24. März. Überschrift: »Regierungswechsel nur mit der LINKEN«. Erster Satz: »Auch 3 Tage vor der Wahl bleibt DIE LINKE Garant für den Regierungswechsel.« Vorletzter Satz: »Ein Regierungswechsel ist eindeutig nur noch mit der LINKEN im Landtag möglich.« Spätestens am heute fünften Tag nach der Wahl müsste auffallen, dass dem – garantiert und eindeutig – nicht so war. Freilich bestand auch zuvor kein Anlass für die Annahme, dass es »nur« so sein werde, wie die LINKE es sich wünschte. Denn es gilt immer und überall: Nichts ist alternativlos. Das wird die Partei auch bei der Diskussion über ihre Wahlniederlage merken. Die richtigen Konsequenzen zu finden, ist nicht einfach. Beginnen könnte man aber damit, sich etwas weniger lächerlich zu machen. *jrs*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



Stresstest statt Sofortausstieg

Im »Konsens mit allen« pirscht sich der Umweltminister an eine Gesetzesänderung heran

Von Uwe Kalbe

Die schwarz-gelbe Koalition klopft in mühevoller Kleinarbeit die Chancen eines Atomausstiegs ab – als nächstes durch einen »Stresstest«. Die öffentliche Zielparole auf diesem Weg heißt nicht »Abschalten«, sondern »überparteilicher Konsens«.

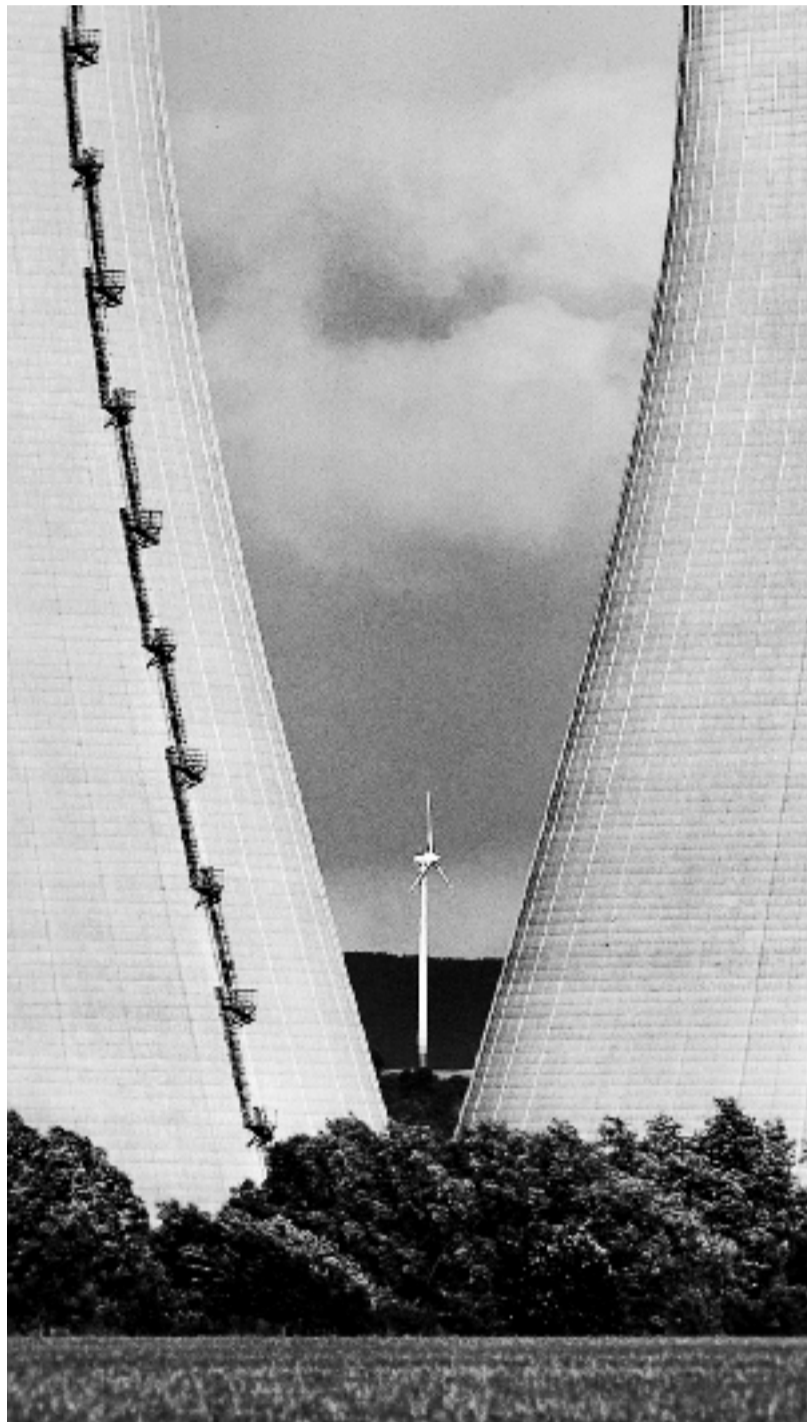
Am Montag teilte Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) der Öffentlichkeit die weiteren Schritte mit, die er nach dem verkündeten dreimonatigen Moratorium für sieben vorerst stillgelegte Kernreaktoren, aber auch für die übrigen der insgesamt 17 Meiler zu gehen plant. Ein technischer Kontrollkatalog – öffentlichkeitswirksam als »Stresstest« etikettiert – soll abgearbeitet werden, um zu prüfen, ob die Kühlung der Meiler unter allen kalkulierbaren Bedingungen verlässlich ist, was bei einem Stromausfall passiert, was bei Erdbeben oder Hochwasser. Sieben Expertenteams der Gesellschaft für Reaktorsicherheit würden die einzelnen Bereiche in den Anlagen prüfen. Es gehe um die Frage, ob die Sicherheit aufgrund neuer Annahmen neu definiert werden müsse, so Röttgen. Der Minister legte den Katalog gemeinsam mit Mitgliedern der Reaktorsicherheitskommission in Berlin vor.

Geprüft werden soll auch, wie sich ein Flugzeugabsturz auswirke, erläuterte der Vorsitzende der Kommission, Rudolf Wieland – unter Berücksichtigung von Geschwindigkeit, Aufprallwinkel und Folgen eines Kerosinbrandes. Bis Mitte Mai soll ein erster Bericht vorliegen. Den Gegnern der Atomkraftnutzung ist das viel zu technokratisch. Der Umweltverband BUND warnte davor, die Atomdebatte auf Detailfragen zu verengen und verlangte die Sofortabschaltung aller AKW. Und Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation »ausgestrahlt«, erklärte: »Die erneute Überprüfung der AKW kann man sich sparen.« Denn in der Fachwelt sei es längst Konsens, dass in keinem der 17 Reaktoren eine Kernschmelze ausgeschlossen werden könne.

Die Lokführergewerkschaft GDL hat ihre Mitglieder im Kampf um einen Rahmentarifvertrag zum 47-stündigen Streik bei den Privatbahnen aufgerufen. Ein weiteres Unternehmen ist unterdessen zu Verhandlungen bereit.

Die Züge stehen in den Depots. Seit Donnerstagmorgen streiken die Lokführer. Sie kämpfen für einen bundesweiten Rahmentarifvertrag für alle Lokführer (BuRa-LfTV). Für 47 Stunden hatte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ihre Mitglieder bei den großen privaten Konkurrenten der Deutschen Bahn (DB) zur Arbeitsniederlegung aufgerufen – allerdings wieder ein Unternehmen weniger als beim letzten Streik.

Denn der Arbeitskampf wirkt. Nachdem seit voriger Woche die GDL wieder mit der DB verhandelt, kündigte am Vorabend des Streiks



Neue Perspektiven für Erneuerbare?

Foto: obs/Deutscher Naturschutzring

Die Reaktorsicherheitskommission ist ein Gremium aus 16 Wissenschaftlern, Ingenieuren und Vertretern der Atomwirtschaft, das Röttgens Umweltministerium berät. Und normalerweise erfährt man wenig davon. Am Donnerstag

jedoch demonstrierte der Minister Offenheit – wohl mit Blick auf den angestrebten Konsens von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Eine »breite Meinungsbildung unter Einbeziehung aller Verantwortungsträger« strebe er an, so Rött-

gen. Das Beratergremium selbst bietet jedoch Anlass zur Frage, ob es der Bundesregierung um einen gesellschaftlichen oder nicht vielmehr um einen Konsens mit der Atomwirtschaft geht. Denn Teil der Zielstellung ist es, den Energieversorgern Investitionssicherheit zu gewährleisten. »Wenn nun die gleichen Institutionen die Überprüfung vornehmen sollen, die in der Vergangenheit immer behauptet haben, die AKW seien sicher, dann sind die Ergebnisse mit Vorsicht zu genießen« so Jochen Stay. »Tatsächlich geht es schon lange nicht mehr um eine Prüfung der Risiken von Atomanlagen, denn die Fakten sind schon längst alle bekannt. Der einzige Maßstab, an dem die Naturfreunde Deutschlands die Bundesregierung messen, heißt: Abschalten!« betonte deren Vorsitzender Michael Müller.

Auf Misstrauen stößt daher auch Röttgens Ankündigung, noch innerhalb des dreimonatigen Moratoriums wolle die Bundesregierung Entscheidungen treffen – »auch durch gesetzgeberische Maßnahmen«. Zwar teilte Röttgen mit, Entscheidungen könnten nicht das Ergebnis von Verhandlungen mit den Energieunternehmen sein, sondern müssten im Parlament getroffen werden. Dass sie den Konsens mit den AKW-Betreibern aufgeben wolle, hat die Bundesregierung bisher nicht erklärt.

Kritische Wissenschaft zog es inzwischen vor, eigene Erwartungen an einen Atomkonsens zu formulieren. In einem Brief, den 300 Forscher unterschiedlicher Fachrichtungen an Bundeskanzlerin Angela Merkel richteten, verlangten diese einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie.

Die Erfahrungen der Atomkatastrophe in Japan sollen in den Erkenntnisprozess der Regierung einfließen, hieß es am Donnerstag erneut. Dort, in Japan, hielt das Chaos, begleitet von undurchsichtigen Informationen am gleichen Tag an. Tokio lehnte es ab, die Evakuierungszone um das Kernkraftwerk Fukushima 1 über den Umkreis von 20 Kilometern hinaus auszuweiten. *Seiten 5 und 7*

Ausstand und Aussperrung bei den Privaten

47 Stunden Lokführerstreik bei Bahnunternehmen / GDL: 75 Prozent der Züge blieben im Depot

Von Jörg Meyer

das private Bahnunternehmen Keolis an, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Keolis befördert unter dem Namen Eurobahn Passagiere im Schienenverkehr in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen. »Als wir gesehen haben, wie groß die Streik Auswirkungen auf unseren Fahrplan und damit auf unsere Passagiere sind, haben wir uns entschlossen, der GDL Gespräche ohne Vorbedingungen anzubieten«, sagte Sprecher Markus Vogel. Die GDL hat das Angebot angenommen und den Streik bei Keolis kurzfristig abgesagt. Die Gespräche beginnen am 11. April.

Bei der Vogtlandbahn, waren am Donnerstag in Sachsen nur 30 Prozent der Züge im Einsatz, der Rest werde mit Schienenersatzverkehr abgedeckt, sagte Geschäftsleiter Hartmut Schnorr gegenüber ND. In Bayern fahre etwas mehr als die Hälfte der Züge. Schnorr kritisiert,

am letzten Donnerstag habe man die GDL aufgefordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, »und als Antwort kam der Streikaufruf«, so Schnorr. Man sei grundsätzlich bereit, über den bundesweiten Lokführertarifvertrag zu sprechen, aber die Vogtlandbahn zahle ihren Lokführern teilweise mehr, als die GDL fordert. »Man muss mit Maß und Fingerspitzengefühl herangehen«, und das tue die GDL nicht, so Schnorr. »Sie haben uns kein Angebot zur Verhandlung über den BuRa-LfTV unterbreitet«, kontert GDL-Vorsitzender Claus Weselsky gegenüber ND. Zudem sei das Niveau insgesamt deutlich niedriger als bei der DB. Auch die anderen Privatbahnen sollten den Tarifkonflikt nun nicht länger auf dem Rücken der Kunden aussitzen, sagte er auf einer Kundgebung in Halberstadt.

Nach Angaben der Gewerkschaft standen am Donnerstag bundes-

weit 75 Prozent der Züge. Stark betroffen seien die Albtal-Verkehrsgesellschaft, die Mitteldeutsche Regiobahn, die Ostdeutsche Eisenbahngesellschaft, Veolia Verkehr Sachsen-Anhalt und metronom, das in Norddeutschland verkehrt. Die Streikbeteiligung sei sehr hoch.

Weselsky kritisierte scharf, dass der französische Konzern Veolia seine Lokführer bis zum 4. April aussperrt will, was für sie vier Tage Lohnausfall bedeute, obwohl der Streik nur zwei Tage dauere. Das sei ein »klarer Versuch, die GDL und ihre Lokführer einzuschüchtern«. Man werde prüfen, ob die Aussperrung rechtens sei und gegebenenfalls den Mitgliedern auch für die vollen vier Tage Streikgeld zahlen. Der Ausstand soll noch bis zum frühen Samstagmorgen dauern. Weselsky kündigte weitere Streiks an, sollten sich die anderen Unternehmen nicht bewegen. *Kommentar Seite 4*

NATO führt Intervention in Libyen

CIA und MI6 schon seit Wochen im Einsatz

Tripolis/Washington (Agenturen/ND). Mit mehr als 90 Einsätzen von Kampfjets über Libyen hat die NATO am Donnerstag das Kommando der internationalen Militärintervention übernommen.

Die libyschen Aufständischen haben am Donnerstag vergeblich versucht, die Küstenstadt Brega einzunehmen, aus der sie am Vortag von den Regierungstruppen vertrieben worden waren.

Die USA und Großbritannien lassen auch ihre Geheimdienste gegen Staatschef Muammar al-Gaddafi operieren. Agenten von CIA und MI6 sind seit Wochen in dem nordafrikanischen Land im Einsatz. Ihre Mission: Informationen über militärische Ziele, aber auch Erkenntnisse über die Rebellen zu sammeln, wie US-Zeitungen übereinstimmend berichteten. US-Präsident Barack Obama unterzeichnete demnach bereits vor einiger Zeit eine Geheimorder, die seinem Auslandsgeheimdienst grundsätzlich Erlaubnis für Waffen- oder Geldlieferungen an die Rebellen gibt. Die US-Regierung rief ihre Partnerländer zur militärischen Unterstützung der libyschen Oppositionsbewegung auf. Wichtig sei vor allem eine bessere Ausbildung und Organisation der Rebellen, erklärte Verteidigungsminister Robert Gates.

Libyens Außenminister Moussa Koussa hat sich derweil nach Großbritannien abgesetzt. *Seiten 2 und 8*

Kurz

Französische Soldaten in Abidjan

Abidjan (AFP). Angesichts der Kämpfe in der Côte d'Ivoire sind nach Angaben übereinstimmender Quellen französische Soldaten in einem Viertel der Stadt Abidjan im Einsatz. Die Soldaten seien in einem Viertel der Wirtschaftsmetropole aufmarschiert. *Seite 7*

Arznei für Nordkorea

Seoul (dpa). Erstmals seit dem Beschuss einer südkoreanischen Insel durch Nordkorea im November hat Seoul wieder private Hilfe für das Nachbarland genehmigt. Die Eugene Bell Foundation darf Arzneimittel im Wert von 216 000 Euro nach Nordkorea schicken.

Schweiz: Briefbombe

Olten (dpa). Eine Briefbombe ist im Büro der Schweizer Pro-Atom-Organisation swissnuclear explodiert. Laut Polizei gab es zwei Verletzte. Das Büro befindet sich in Olten im Kanton Solothurn.

Pieper gibt auf

Halle (dpa). Die FDP-Landeschefin von Sachsen-Anhalt, Cornelia Pieper, gibt ihre Führungsämter ab. Sie werde nicht wieder als Bundesvize und auch nicht mehr für das Amt der FDP-Landeschefin in Sachsen-Anhalt antreten, sagte sie der »Mitteldeutschen Zeitung«. *Seite 6*